

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“ und „Heimatpost und Heimatkurier“. — Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 20.000.—, freibleibend. Nachhebungen vorbehalten. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Fernsprecher Nr. 53. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unserer Blätter die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9spaltige Zeile 500.— Mk., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 800.— Mk., und für die 4spaltige Reklamezeile 1500.— Mk. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 159

Für die Schriftleitung verantwortlich: St. Keil.

Freitag, 13. Juli 1923 (Margareta)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

50. Jahrgang

Baldige Antwort auf die deutsche Note. — England übernimmt den Entwurf. Die Vertreter der kath. Arbeitervereine beim Ruhrdelegaten. — Der 11. August Nationalfeiertag.

England entwirft die Antwortnote.

W.B. London, 13. Juli. Im englischen Unterhaus wurde gestern die Erklärung Baldwin zur Ruhrfrage erörtert. Das Haus und die Tribune waren dicht besetzt. Der englische Premier sagte in seiner Erklärung u. a.: Wir sind fest überzeugt, daß Maßnahmen, die zum Ruin Deutschlands führen können, für England, für die Alliierten und ganz Europa verhängnisvoll sein werden. Wir haben uns von Anfang an klar gemacht, daß unsere Ansicht nach die Befreiung des Ruhrgebietes nicht geeignet war, einen erhöhten Betrag von Reparationen einzubringen.

Im Januar haben wir in Paris ein Angebot gemacht, das als geeignete Regelung angesehen werden konnte, eine Wirtschaftskatastrophe zu verhüten. Unser Vorschlag ist nicht angenommen worden. Die damals vorausgesehenen Folgen der Ruhrbesetzung sind eingetreten. Die Verbündeten haben weniger Reparationen erhalten, als sie nach dem Pariser Angebot bekommen hätten würden. Das deutsche Wirtschaftssystem ist gerettet und droht vollständig zusammenzubrechen. Es herrscht dort Lebensmittelmangel. Eine Befreiung des Ruhrgebietes auf unbestimmte Zeit ist nicht möglich. Deutschland soll bis zu seiner Fähigkeit Reparationen leisten, das sei auch Englands Ansicht. Die heutigen Zustände schaden aber jedem Land, das eine Leide durch seinen Wirtschaftskreis, das andere durch Abnahme seines Handels, das dritte durch Arbeitslosigkeit. Der mit so großen Opfern erkaufte Friede ist in Gefahr.

Schließlich erklärte sich Baldwin bereit, die Verantwortung für den Entwurf einer Antwort an Deutschland zu übernehmen, und er hoffte, daß es darüber zu einer Einigung mit den Alliierten käme. Die deutschen Vorschläge sollen einer Prüfung unterzogen werden.

Eine weitere Depesche sagt den Inhalt der Erklärung Baldwin wie folgt zusammen: Großbritannien habe die Alliierten darin informiert, daß es bereit sei, die Verantwortung für die Vorbereitung eines Entwurfes der Antwort für die deutsche Note zu übernehmen. Die Antwort solle in Berlin zur Kommentierung unterbreitet werden. Baldwin sprach die Hoffnung aus, daß man hinsichtlich der Fassung dieser Antwort zu einer Einigung gelangen werde. Die in der deutschen Note enthaltenen Vorschläge, ob sie nun angemessen seien oder nicht, dürfen nicht ignoriert werden. Baldwin wies nachdrücklich auf die wirtschaftlichen und anderen Gefahren hin, und erklärte die Ruhrbesetzung von unbestimmter Dauer für eine recht bedenkliche Erscheinung, wofür so bald wie möglich ein ehrenvoller Abschluß gefunden werden müsse.

Auf eine Frage MacDonalds, ob die Note bald abgehandelt werden und ob das Unterhaus Gelegenheit zu einer Debatte darüber erhalten werde, antwortete Baldwin zustimmend. Eine weitere Frage, ob auch Amerika die Note zugestimmt erhalten werde, bat Baldwin morgen zu wiederholen.

Wie verlautet, soll der englische Entwurf der Antwortnote am Dienstag den Verbündeten mitgeteilt werden.

Die Berliner Morgenblätter sind von der Erklärung Baldwin nicht befriedigt. Ob sie eine geeignete Grundlage zu einer Befreiung des jetzigen Zustandes bilden werden, müsse die Zukunft erst zeigen. Baldwin habe Frankreich mit Sammethandschuhchen angefaßt.

Benesch's mutmaßliche Vorschläge.

Paris, 12. Juli. Ueber die Bemühungen Benesch's, eine Vermittlung zwischen Frankreich und England herbeizuführen, erzählt man, daß er den Streitfall in der Wiederherstellungsfrage keinem internationalen Ausschuss, sondern dem Wiederherstellungsausschuss überweisen will. Dieser Ausschuss soll durch Sachverständige ergänzt werden. Es scheint sich wiederum um eine Art Bankrottzuschuß zu handeln. Dieser Zuschuß soll eine ernste Prüfung der Wirtschaftslage in Deutschland vorsehen. Es ist nicht bekannt geworden, ob Benesch diesen Vorschlag angenommen hat, es scheint aber, daß auch Benesch die Frage der Ruhrbesetzung dem Welterbunden überweisen will. Das alles sind allerdings nur Gerüchte, deren Richtigkeit im Augenblick nicht nachgeprüft werden kann.

London, 12. Juli. Wie gemeldet wird, war der tschechoslowakische Minister des Äußeren, Dr. Benesch, heute von Lord Curzon zum Frühstück eingeladen. Von London wird er nach Brüssel reisen. Benesch scheint in der Ruhrfrage eine Vermittlerrolle zu spielen.

Die katholischen Arbeiter bei Tetta.

W.B. Essen, 13. Juli. Die Vertreter der kath. Arbeitervereine haben gestern in einer Audienz

beim päpstlichen Delegaten Mgr. Tetta, dem Hl. Vater für seine Bemühungen zu danken und drückten den Wunsch aus, daß der Hl. Vater als über-nationale Instanz auch weiterhin jeden Versuch zur endlichen Befriedigung Europas unterstützen möge. Sie schilderten weiter die seelischen und kulturellen Nöte der katholischen Arbeiter. Der päpstliche Delegat nahm die Darlegungen mit großem Interesse entgegen.

Der 11. August Nationalfeiertag.

W.B. Berlin, 12. Juli. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, laut Mitteilung des amtlichen preussischen Pressedienstes, den 11. August als Nationalfeiertag des deutschen Volkes feierlich zu begehen. Die Feier soll mit dem Rhein- und Ruhrtrage verbunden werden, und dem Gefühl der Geschlossenheit Deutschlands, des Dankes an die leidenden Mitbürger und des festen Entschlusses der Erhaltung von Rhein und Ruhr für unser Vaterland im Zusammenhang mit einem allgemeinen Bekenntnis zum Staat und zu seiner Verfassung starken Ausdruck geben. Zu diesem Zwecke wird angeordnet: Amtliche staatliche Dienstgebäude, sowie die Gebäude der Selbstverwaltungsorgane haben am 11. August in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen. In allen Orten, die Sitz eines Oberpräsidenten, eines Regierungspräsidenten, oder Landrates sind, haben die Vorstände dieser Behörden sich mit den dort bestehenden anderen Behörden in Benehmen zu setzen, möglichst gewisse Bestimmungen über eine würdige äußere Gestaltung der Feier herbeizuführen. Zu den Feiern sind die Vertreter der Bevölkerung heranzuziehen. Zur Teilnahme sind die Spitzen der Militärbehörden sowie der Organisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, der Handels- und Handwerkskammern, der Innungen, der Beamten und Angestelltenorganisationen besonders einzuladen. Es wird von den Staatsbeamten erwartet, daß sie sich an den Festlichkeiten beteiligen, sofern sie nicht durch dienstliche Obliegenheiten verhindert sind. Der Dienst wird wie an den Sonntagen geregelt.

Das Abgaberecht der Kommunen.

Zur Novelle über das kommunale Abgaberecht legte im Vorabend der Sozialdemokrat Leinert die Motive der Gemeinden dar und erläuterte die Maßnahmen, die sie bereits im Rahmen ihrer Zuständigkeit getroffen hätten. Zu begreifen sei, daß durch das Gesetz die Abänderung von kommunalen Gebühren und Beiträgen einem Ausschuss übertragen und somit den oft stürmischen Verhandlungen in den Stadtvorstandsversammlungen entzogen werde. Es sei auch ein Vorzug, daß man die schematischen Zuschläge habe fallen lassen, so daß den Gemeinden ein Spielraum gegeben werde, über die Höhe der Zuschläge zu befinden. Der Meinung des Abgeordneten Koch, Berlin (Dnt.), daß die von manchen Gemeinden eingeführte Lohnsummensteuer gesetzlich unzulässig sei und einen Gemeindefiskal zum Lohnabzug bedeute, widersprach ein Vertreter der Regierung. Auch die Reichsregierung habe bei den jüngsten Besprechungen gegen eine Lohnsummensteuer im Rahmen der Gewerbesteuer keine Bedenken erhoben, das kommende neue Gewerbesteuergesetz werde sich über diese Frage noch auseinanderzusetzen haben. Das Gesetz wurde angenommen. Ferner wurden angenommen nach den schon mitgeteilten Beschlüssen der Ausschüsse die Vorlagen über staatliche Verwaltungsgebühren und über das Stempelsteuergesetz.

Die neuen Beamtenachlässe.

Berlin, 10. Juli. Wie bereits kürz gemeldet, sind in den Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Beamtenorganisationen am letzten Samstag die vorläufigen Zuschläge der Beamten um durchschnittlich 80 v. H. erhöht worden, und zwar ist der Teuerungszuschlag der bis jetzt 87 v. H. betrug, auf 237 v. H. hinaufgesetzt worden. Für Berlin kommt zu diesem Teuerungszuschlag außerdem eine dritte Sonderzulage von 59 v. H. Nachträglich ist noch zu berichten, daß auch die Rinderzulage vor einigen Tagen im Reichstag durch Initiativvertrag der bürgerlichen Parteien erhöht worden ist. Sie beträgt jetzt im Monat für Rinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre 80 000 Mark, bis zum vollendeten 14. Lebensjahre 90 000 Mark, bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 100 000 Mark. Die Frauen-

zulage beträgt 166 000 Mark. Die Reichsbehörden haben heute ihre Zahlstellen angewiesen, die Auszahlung sofort vorzunehmen, so daß die Beamten und Staatsarbeiter bereits Mitte dieser Woche im Genuß der erhöhten Bezüge sein werden, die übrigens nicht nur für diesen Monat, sondern für das laufende Vierteljahr vorausgezahlt werden. In den wichtigsten Berufsgruppen stellt sich das Gesamtergebnis eines unterbezahlten Beamten in Berlin jetzt folgendermaßen dar:

a) Aufsteigende Gehälter:	
Anfangsgehalt	Endgehalt
1 (Schrankenwärter)	1 568 160 2 067 120
2 (Schaffner)	1 900 800 2 558 160
3 (Zugführer)	2 383 920 3 175 920
4 (Oberbefehlshaber)	3 088 800 3 999 600
5 (Oberinspektor)	3 960 000 5 068 800
6 (Regierungsrat, jüngere)	4 455 000 5 797 440
7 (Regierungsrat, ältere)	5 056 920 6 601 320
8 (Oberregierungsrat)	5 872 680 7 591 320
9 (Ministerialrat)	6 890 400 8 949 600
b) Einzelgehälter:	
Anfangs- und Endgehalt	
1 (Reichsgerichtsrat)	9 504 000 Mark
2 (Präsident)	10 612 800 -
3 (Ministerialdirektor)	12 196 800 -
4 (Vizepräsident)	12 711 600 -
5 (Staatssekretär)	16 038 000 -
6 (Minister)	23 284 800 -
7 (Reichskanzler)	26 660 800 -

Bezüglich der Diäten der Reichstagsabgeordneten ist infolge einer Änderung eingetreten, als die Diäten nicht mehr ein Viertel des Grundgehalts zuzüglich des Ortszuschlags der Gruppe b, 6 betragen, sondern jetzt vom Grundgehalt allein zuzüglich der üblichen Zuschläge errechnet werden. Nach dem gegenwärtigen Stand betragen die Diäten der Reichstagsabgeordneten 5 643 000 Mark. Die obengenannten Rinderzuschläge sind, wie ausdrücklich betont werden muß, nur Grundbeiträge, die sich nach dem jeweiligen Teuerungszuschlag zuzüglich dritteliger Sonderzuschläge erhöhen.

Der sächsische Ministerpräsident beim Reichskanzler.

Berlin, 11. Juli. Gestern war der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner in Berlin und hatte eine Aussprache mit dem Reichskanzler. Der Besuch des sächsischen Ministerpräsidenten war veranlaßt durch eine Auffassung der Reichsregierung, die er in der sächsischen Kammer über den passiven Widerstand getan hatte und die so gedeutet werden mußte, als ob Dr. Zeigner in dieser Frage anderer Meinung sei als die Reichsregierung und die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes. Es wird zwar keine offiziöse Mitteilung über die Unterhaltung des Chefs der Reichsregierung und des sächsischen Ministerpräsidenten gemacht; man darf aber ohne weiteres annehmen, daß Dr. Zeigner erstens einmal die Grenzen klar gemacht worden sind, die den Ministern eines Einzelstaates in Fragen der auswärtigen Politik gezogen sind und daß er zum andern auf die Schwächheit der von ihm gehaltenen abwegigen und überflüssigen Bemerkungen aufmerksam gemacht worden ist.

Urteil im Prozeß Suchs-Machhaus.

München, 11. Juli. Nach einer Münchener Meldung der B. Z. wurden in dem Hochverratsprozeß Suchs-Machhaus der Angeklagte Suchs wegen versuchten Verbrechens des Hochverrats zu 12 Jahren Zuchthaus und 2 Millionen Mark Geldstrafe sowie 10 Jahren Ehrverlust, Machs wegen Beihilfe zu einem Jahre und drei Monaten Zuchthaus und 30 Millionen Mark Geldstrafe sowie 3 Jahren Ehrverlust und Ausweisung aus dem Reichsgebiet verurteilt. Beide haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Angeklagten Berger, Rudolf und Richard Gutermann wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung im Prozeß Suchs-Machhaus wurde noch ausgeführt, die französische Staatsregierung habe geplant, das Reichsministeriumsunternehmen im engsten zeitlichen Zusammenhang mit der französischen Ruhraktion durchzuführen. Die französische Rhein-Ruhr-Armee habe Befehl gehabt, im Augenblick des bayerischen Putschs den Vormarsch von Frankfurt bis Hof anzutreten und dadurch den deutschen Norden vom deutschen Süden zu trennen. Die bayerische Umsturzaktion sollte somit den Scheingrund liefern für die französische Besetzung der Mainlinie. Alles weitere erhoffte die französische Regierung von dem Erfolg ihrer separatistischen Wählerarbeit in Bayern.

Aus den besetzten Gebieten.

W.B. Aachen, 11. Juli. In Neuß sind gestern eine Anzahl Eisenbahner von der französischen Besatzungsbehörde vorgeladen worden und zur Wiederaufnahme der Eisenbahnarbeit aufgefordert worden.

worden. Dieses Ansuchen wurde von den Eisenbahnern abgelehnt. Alsdann wurden die Eisenbahner wieder von der Besatzung entlassen, sie machen sich aber auf ihre Ausweisung aus dem besetzten Gebiet gefaßt.

Elberfeld, 12. Juli. Im Ruhrgebiet sind die Streda-Buer-Süd-Gelsenkirchen-Bismarck-Halter-Sonnen für den Lebensmittelverkehr freigegeben worden. Durch die Freigabe von Buer ist der Lebensmittelverkehr bis Stoppenberg ermöglicht worden.

Münster, 12. Juli. Heute früh gegen sieben Uhr unternahmen die Franzosen von der Kontrollstation Dortmund-Brakel einen Vorstoß mit einer Offizierspatrouille ins unbesetzte Gebiet bis zum Bahnhof Wieden-Röthen, in dem in diesem Augenblick ein Personenzug aus Soest eingetroffen war. Ein Telegraphenmeister, der von den Franzosen bereits früher aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen war, und den sie für einen höheren Beamten der Eisenbahndirektion hielten, wurde angehalten. Erst nachdem er sich ausgewiesen hatte, wurde er wieder entlassen. Um 8.30 Uhr rückten die Franzosen wieder nach Dortmund ab.

Berlin, 12. Juli. Einer Blättermeldung aus Essen zufolge wurde gestern von dem Kriegsausschuss in Werden der Bürgermeister Hagemann zu fünf Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe, der Beigeordnete Steinert aus Wülfrath zu drei Jahren Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe, der stellvertretende Bürgermeister Gieseler von Gruiten zu drei Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie sich geweigert hatten, die Befehle der französischen Besatzungsbehörden auszuführen.

Die Gemeinderats- und Kreistagswahlen im Saargebiet.

Saarbrücken, 11. Juli. An den Kreistags- und Gemeinderatswahlen des Saargebietes am letzten Sonntag beteiligten sich nur etwa 50-60 v. H. der Wählerschaft (bei den letzten Wahlen vor drei Jahren 70-75 v. H.). Aus den nunmehr ziemlich zahlreichen, vorliegenden Ergebnissen der Stadtrats- und Gemeinderatswahlen ergibt sich deutlich ein starker Verlust der Linksparteien. Im allgemeinen ist es dem Zentrum zugute gekommen. Doch weist auch die liberale Volkspartei Zuwachs auf. Die Kosten trägt am stärksten die Vereinigte Sozialdemokratie. Die Wahlen waren, soweit die einheimische Bevölkerung in Betracht kam, durchgängig vom deutschen Gedanken getragen. Vor der Wahl ist unter den mit dem neuen Regime herein gekommenen Franzosen lebhaft Propaganda getrieben worden. Nur Saarbewohner waren wahlberechtigt. Die starke Beteiligung der eben in unser Land hereingewanderten Franzosen erweist sich denn auch aus den Erfolgen der Sonderliste der Haus- und Grundbesitzer. Im Verein der Elbsch-Lotharinger wie in allen anderen französischen Kreisen war die Parole ausgegeben, diese Liste zu wählen. Von den Kreistagswahlen liegen infolge des komplizierten Systems der neuen Liste bis jetzt nur sehr wenige Ergebnisse vor. Doch auch hier zeigt sich schon der gleiche Ruf nach rechts.

Die englischen Luftkräften.

London, 11. Juli. Im englischen Oberhaus kam es gestern zu einer Erörterung über die Frage der Rüstungen. Lord Salisbury erklärte, die englische Regierung sei von der Gefährlichkeit des Rüstungswettbewerbs überzeugt. Bei der Vergrößerung der Luftstreitkräfte habe sie sich keines Übertriebens schuldig gemacht. Der einzige Vorwurf, der der englischen Regierung gemacht werden könne, sei, daß man nicht weit genug gegangen sei. Die britische Regierung wolle ein Abkommen über die Rüstungen in der Luft, ähnlich wie das Washingtoner Rüstungsabkommen. Die englische Regierung werde sich bemühen, eine Politik durchzuführen, daß bald die Lage Europas etwas weniger gespannt sei. Vorläufig seien dementsprechende Vorstellungen zwecklos und würden sicherlich mißverstanden werden.

Letzte Depeschen.

W.B. Varmen, 13. Juli. Heute morgen zwischen 6 und 7 Uhr rückte eine große Abteilung französischer Militärs, Truppen aller Waffengattungen, die aus Richtung Haringhausen kamen, ein und besetzten die öffentlichen Gebäude, wie Rathaus und Post und die sämtlichen Varmer Bahnhöfe. Der Fernsprechverkehr mit Varmen ist zur Zeit nicht unterbrochen. Auf den Bahnhöfen wurde um 9 Uhr morgens schon die Kontrolle ausgestellt.

Berlin, 12. Juli. Der Reichsfinanzminister richtet an die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung einen Erlaß, worin er ihnen für die vaterländische Haltung in den letzten sechs Monaten dankt.

Zur Geschichte der Unterzeichnung des Versailler Vertrages.

Von J. Giesberts, M. d. R.

Der Konflikt an der Ruhr bringt neuerdings auch wieder Betrachtungen über die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles. Trotz der ersten Zeit, die jede unnötige Polemik darüber verbieten sollte, wird unter der Hand gegen die Zentrumspartei mit dem Argument agitiert, sie trage mit Schuld an den heutigen Zuständen, weil sie der Unterzeichnung des Vertrages mit zugestimmt habe. Das hat mich veranlaßt, in einer Rede, die ich auf dem Westfälentag der Zentrumspartei in Bielefeld kürzlich gehalten habe, über die Ereignisse, wie sie sich in Weimar abgespielt haben, einige Aufklärung zu geben. Die „Deutsche Zeitung“ und eine Reihe anderer rechtsstehender Blätter treten meinen Ausführungen in der Verammlung entgegen und behaupten vor allen Dingen, die Deutschnationalen hätten sich an der bekannten Lokalisationsklärung der bürgerlichen Partei in der Nationalversammlung nicht beteiligt. Wichtig ist allerdings, daß Graf Posa d'owosty durch Schulze-Bronberg damals desavouiert worden ist. Aber schließlich ist für die Stellungnahme der Zentrumspartei damals jene öffentliche Erklärung in der Nationalversammlung zwar bedeutungsvoll, aber nicht ausschlaggebend gewesen. Ausschlaggebend war vielmehr, daß zu den im Weimarer Schloß versammelten Vorstandsmitgliedern der Zentrumspartei der Gesandte von Hannover im Auftrag der drei in einem anderen Zimmer versammelten bürgerlichen Parteien: der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten dem Zentrum die Mitteilung machte, daß, wenn die Zentrumspartei weiterhin mit der sozialdemokratischen Partei die Regierung bilde, der Vertrag unterzeichnet, die Parteien bereit seien, eine Lokalisationsklärung abzugeben in dem Sinne, daß in dieser Handlungsweise des Zentrums keine die vaterländischen und nationalen Interessen schädigende Handlung zu sehen sei. Zur Aufklärung der ganzen Verhältnisse erscheint es mir heute richtig, die nachfolgenden Aufzeichnungen zu veröffentlichen, die ich gleich nach der erfolgten Abstimmung in der Nationalversammlung für mich gemacht habe. Hiernach haben sich die Dinge folgendermaßen abgespielt:

Die Abstimmung in der Nationalversammlung am Sonntag, den 22. Juni 1920, nachmittags, ergab eine geringe Mehrheit für die Unterzeichnung mit Vorbehalt. Man hatte immer noch gewisse Hoffnungen, daß die Entente in letzter Stunde in den beiden kritischen Ehrenpunkten Zugeständnisse machen würde. Nachrichten aus dem Ausland, die von einer Seite mit aller Bestimmtheit vertreten wurden, ließen darauf schließen, obwohl mir gerade im Verlauf des Sonntags von einer mir immer als zuverlässig bekannten Seite das Entgegenkommen dieser Hoffnung mit Sicherheit dargelegt wurde. Gegen 11 Uhr abends berief Präsident Ebert die Ratsmitglieder ins Schloß und wies ihnen die abnehmende Antwort der Entente mit. Die Tragik dieser Erklärung ging von dem nächsten Morgen in reiflicher Überlegung über, die sich bis 4 Uhr früh hinzog. Als der Tag graute, war noch keine Übereinstimmung erzielt, und die dem Zentrum angehörenden Mitglieder konnten sich nicht dazu verstehen, eine bedingungslose Unterzeichnung des Friedensvertrages zu empfehlen. Diese Situation führte zu dem Beschluß, am Montag morgen die Parteiführer zusammenzubringen und mit ihnen die Lage weiter zu beraten. Infolgedessen sollte ins Auge gefaßt werden, ob eine Ratsabstimmung möglich erschien, aus dem Parteigruppen, die sich gegen die Unterzeichnung erklärten.

Nach dieser Beratung mit den Fraktionsführern ergaben keine Lösung. Am 10. Uhr hatten die Fraktionen ihre Besprechung. Die Nachricht, daß die Entente abnehmend geantwortet hatte, verursachte die größte Aufregung, besonders, nachdem bekannt wurde, daß sich die militärischen Führer der Reichswehr einer Unterzeichnung des Friedensvertrages mit den bekannten Ehrenpunkten auf das entschiedenste widersetzten. Für die Zentrumspartei war in dieser Beziehung eine Besprechung des Vorstehenden Ebert mit General Marder ausschlaggebend. Die Zentrumspartei

hatte beschloß daraufhin mit 68 gegen 14 Stimmen die Unterzeichnung abzulehnen. Die Sozialdemokraten kamen dagegen zum umgekehrten Ergebnis. Damit war der Wirrwarr noch heftiger geworden.

Am 2. Uhr nachmittags fanden erneute Besprechungen mit den Fraktionsführern, dem Ratspräsidenten und dem Reichspräsidenten statt. Präsident Ebert befragte die Ratsparteien, ob sie gewillt seien, das Kabinett aus den politischen Gruppen zu bilden, welche die Unterzeichnung des Vertrages ablehnten. Die Demokraten wollten einem solchen Reichskabinett nicht beitreten. Für die Deutschnationalen erklärte Graf Posa d'owosty, daß seine Fraktion den Gedanken einer Ratsabstimmung „in Erwägung“ ziehen würde. Voraussetzung sei jedoch, daß sich eine starke Mehrheit für die Ablehnung in der Nationalversammlung fände. Die Deutsche Volkspartei sprach sich zu ähnlichem Sinne aus.

Präsident Ebert mußte darauf hinweisen, daß die Zeit der „Erwägung“ vorbei sei, da innerhalb vier Stunden Paris über die Ansicht der Regierung und der Nationalversammlung unterrichtet sein müßte und daß in weiteren vier Stunden die feindlichen Truppen ihren Einmarsch beginnen würden. Auch dieser Hinweis wirkte nicht auf die Zentrumsleute ein und damit war der Versuch einer Ratsabstimmung nach rechts gescheitert.

Kommende fanden geforderte Beratungen der Ratsmitglieder statt. Die Sozialdemokraten waren entschlossen, der Not gehorchend, wenn auch unter schweren Bedenken, den Frieden zu unterzeichnen. Die Mitglieder der Zentrumspartei waren in präferenz Lage; lehnten sie ab, so war die Bildung einer Regierung nicht möglich. Andererseits waren sie an dem vorerwähnten Fraktionsbeschluß gebunden, dem unter anderem auch sämtliche Mitglieder des Rats beistimmen hatten. Erwägend wirkte außerdem die Stellungnahme der Militärs, die aus Ehrgefühl sich mit Recht gegen die Auslieferungsbefehle auflehnten. Erwägend wirkte auch das Verlangen nach der bürgerlichen Mittelklasse, die dem Kabinett gemacht wurden — besonders durch das Telegramm Görners — trugen nicht unwesentlich zur Entscheidung bei. Über diese Entscheidungen, die im Kabinett spürbar waren, hatten auf die eigentliche politische Situation wenig oder gar keinen Einfluß, und schließlich waren die vier Zentrumsmitglieder des Rats abends noch zu einer Ablehnung gekommen, und damit zum Austritt aus dem Kabinett, wenn nicht unterwarteterweise die versammelten Vertreter der Demokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sich durch einen Abgesandten hätten aufklären lassen, sie seien bereit, für den Fall, daß die Regierung die Unterzeichnung des Vertrages beschließen würde, eine Lokalisationsklärung in der Nationalversammlung abzugeben, daß sie in der Unterzeichnung nicht einen Mangel an vaterländischen und nationalen Empfinden sehen würden, während sie sich selbst zur Unterzeichnung nicht entschließen könnten. Diese Lokalisationsklärung war ein Wort zur rechten Zeit. Daß doch in diesem Angebot der drei Parteigruppen das Verständnis, daß bei der dringenden Lage die Unterzeichnung als das kleinere Übel zu betrachten sei. Es war gewiss das Gefühl der ungeschwollenen Verantwortlichkeit, welches die drei Parteien veranlaßt hatten, so zu handeln. Mit Rücksicht darauf beschloß die vier Zentrumsmitglieder, im Kabinett zu bleiben und das Verbot der Unterzeichnung der Nationalversammlung abzuwarten. Welchen Verlauf die Dinge in der Nationalversammlung genommen haben, ist bekannt. Der Reize nach durchgegangen, ergaben die Weimarer kritischen Lage ungefähr folgendes:

1. Die Unterzeichnung erfolgte unter dem Druck scharfster Repressionen der Kriegsgegner. Geschichtsrechtlich muß festgehalten werden, daß die Unterzeichnung ein freiwilliger Entschluß nicht ist, keinesfalls aus der Erkenntnis heraus, daß der Friedensvertrag das Resultat gegenseitiger Verhandlungen und Verständigungen ist. Die Entente wird sich dadurch in ihren Maßnahmen zur Erzwungung der Friedensbedingungen ja nicht be-

einflussen lassen, aber die politische Weltöffentlichkeit muß wissen und weiß es, daß die Unterzeichnung gegen das innere Gewissen erfolgte. Der Friede ist ein Diktatfriede.

2. Der Entschluß für die Unterzeichnung ist beeinflusst durch die namenlos traurige Stimmung in deutschen Völkern.

3. Die Unterzeichnung des Friedens kann nicht als Mangel nationaler Gesinnung angesehen werden, im Gegenteil, es ist für diejenigen, die zumuteten, das schwerste Opfer der inneren Ueberzeugung.

4. Weiter liegen sich die Unterzeichner leiten von dem Gedanken, daß die Nichtunterzeichnung die Auflösung des Reichs und den Bürgerkrieg durch eine partakistische Revolution zur Folge haben würde. Die Unterzeichnung ist das kleinere Übel, besonders wenn man die Hoffnung nicht aufgibt, daß das Schreckliche vom Vaterland abgewendet und daß die Unheilbarkeit des Vertrags bald anerkannt sein würde.

Wie man zur ganzen Unterzeichnungsfrage auch stehen mag, für die in der Politik und der Sozialbewegung an führender Stelle stehenden Persönlichkeiten liegen die Verhältnisse ungemein schwierig.

Preisermäßigung für Schülerkarten?

Der Reichstagsausschuß für Verkehrsfragen empfiehlt eine Ermäßigung des Deutschen Lehrerpreises für Schülerkarten ein Viertel des Fahrpreises 4. Klasse zu erheben, zur Berücksichtigung. Der Vertreter des Verkehrsministeriums äußerte sich dagegen ablehnend.

Japanische Blätter über das Ruhrunternehmen.

Paris, 10. Juli. Die Humanität nimmt einen antiken französischen Verfassungskrieg einige Stellen aus einer Zusammenstellung japanischer Presseausführungen zur Beleuchtung des Ruhrgebietes. Es heißt darin: Der Festschlag der Pariser Konferenz wird als eine logische Folge der französisch-englischen Unmündigkeit betrachtet. Die Verantwortung fällt in vollem Umfang auf Frankreich. Die japanische öffentliche Meinung empfindet sich schon seit den ersten Tagen der Besetzung dem französischen Unternehmen als unzulässig. Die gesamte japanische Presse bringt zum Ausdruck, daß die von Frankreich getroffenen Maßnahmen als eine Knebelung seines Imperialismus betrachtet werden müßten. Allen seinen Erwartungen gegenüber stehe Frankreich vor einem völligen Mißerfolg. Es dürfe nicht übersehen werden, daß Frankreich nicht die einzige Macht sei, die Anspruch auf Wiederherstellung habe.

Judet freigesprochen.

Paris, 9. Juli. Der des Gewerkschafts mit dem Feinde beschuldigte frühere Direktor des Gelärs, Ernst Judet, ist vom Schwurgericht freigesprochen worden. Die Geschworenen haben die Schuldfrage mit 11 : 1 Stimmen verneint. Judet wurde im Monat Februar in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft in einer belgischen Stadt verurteilt. Nachdem die mit seiner Anwesenheit verbundene Hochverratsfrage des verurteilten Abgeordneten Paul Renaudier niedergeschlagen war, verteilte Judet, der seit 1918 in der Schweiz lebt, seinen Wohnsitz und stellte sich den französischen Gerichten. Er hat seinen Prozeß glücklich durchgeführt, und sein Anwalt konnte die mangelhafte Glaubwürdigkeit der Hauptzeugen, Frau Boffard aus Auxerre, beweisen, auch die von einem deutschen Spion verfaßten Dokumente Jagow-Landens hat der Advokat in seiner heutigen Verteidigung als Fälschung entlarven können. Er wies besonders nach, daß die in dem Schriftstück genannte Besetzungszahl von zwei Millionen Franken in einem Augenblick angeboten worden sei, in dem Judet nicht mehr Besitzer seines Hauses gewesen sei. An einem zweiten Dokument konnte er nachweisen, daß ein deutscher Diplomat gar nicht so geschrieben haben könne, weil diese Doppelhandgreifliche Irrtümer u. Fälschungen aufweisen — So endete eine Geschichte, die viel Staub aufgewirbelt hat, nicht gerade zugunsten der Unflugebehrden. Einige radikale Blätter konnten schon vor einigen Tagen feststellen, daß wohl noch selten eine jeden-

ger als für diejenigen, welche nur für ihre Person die Verantwortung zu tragen haben. Für sie sind die Konsequenzen, die sie glauben ziehen zu sollen und die sie auch gezogen haben, leicht ertragbar, weil keinerlei Rückwirkung auf die weiteren Kreise mit ihren Folgerungen verknüpft sind. Anders liegt die Sache bei denjenigen, die mit ihrem Votum breitere Schichten beeinflussen und die daher die Verantwortung für die fallende Entscheidung nicht nur persönlich zu tragen haben. Darum sollte das Streben über für und wider der Unterzeichnung des Vertrags jetzt aus den Debatten verschwinden, denn das Schlimmste, was uns nun geschehen könnte, wäre, wenn aus diesen harten schicksalsschweren Stunden sich innerpolitische Kämpfe entwickelten, die den Wiederaufbau unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens verhindern und bei der Entente den Eindruck hervorruft, als seien wir bösen Willens.

Von der Wiederverpflichtung, die der Austausch von Rüstungsgegenständen Siegern und Besiegten und den im Kriege unbeteiligten Völkern schließlich auszuweisen muß, wird früher oder später die Wiederrückführung dieser Friedensbedingung einzig und allein zu erwarten sein.

schwerere Anlage gegen einen angesehenen Schriftsteller und Politiker erhoben worden sei, von dem man sagen könne, daß er in der Politik seines Vaterlandes eine große, zeitweise sogar eine entscheidende Rolle gespielt habe. Ob Judet — er ist jetzt 74 Jahre alt — wieder seinen Wohnsitz in Frankreich nehmen wird, wird in Paris besprochen. Man nimmt an, daß er am 20. Juni in Göttingen, wo er sich angelangt hat, den Rest seines Lebens beschließt.

Polnische Wirtschaft.

Warschau, 10. Juli. In letzten Tagen hat hier ein unblutiger Verlaufsduell zwischen dem jetzigen Kriegsminister Grafen Szeptycki und dem früheren Staatschef Marschall Pilsudski stattgefunden. Ersterer hatte sich beleidigt gefühlt durch einen äußerst scharfen Angriff Pilsudskis in der jüngsten Sitzung des obersten Kriegsrates und den Marschall geantwortet.

Den weiteren Beweis erbrachte die mehr als leidenschaftliche Rede, die gestern abend Pilsudski auf dem ihm zu Ehren gegebenen Abschiedsbankett als Generalfeldmarschall gehalten hat. Pilsudski rechnete da mit seinen politischen Gegnern ab, die die jetzige Regierung bilden, in einer Weise, die unbedingt als Sturmwarnung aufgefaßt werden muß. So spricht kein Mann, der sich vom höchsten Ehrenposten des Landes in das Diktum cum dignitate zurückziehen gedenkt, sondern einer, der sich zu einem entscheidenden Kampf vorbereitet, und die gesamte hiesige Presse, mit den Pilsudski-Blättern, wie der bürgerliche „Kurjer Polski“, der radikale „Kurjer Potomski“ und der sozialdemokratische „Robotnik“ an der Spitze, sind sich darüber einig.

Das Zeitmotiv seiner Rede drückte Pilsudski in dem Satz aus: „Ich habe mich von der Führung der polnischen Armee zurückgezogen, weil ich als christlicher Soldat diese Bande, diese Verbrecherbande nicht führen darf.“ Und dieses Zeitmotiv verarbeitete dann der Marschall zu stundenlangem Presto furioso: „Vor einem Jahrzehnt beschloß der große polnische Armeeführer Pilsudski, sein Leben für den Schutzmantel der Götter, und dies wurde zum Symbol für Polen: die Volksherrschaft. Wir müssen erst in den Schutzmantel sinken, für diesen Schutzmantel vollbringen, um in Polens Augen Gnade zu finden.“ Und weiter: „Die kommende Geschichte hätte recht gehabt, mir ins Gesicht zu spucken, wenn ich mich herbeigelaufen hätte, mit ekelhaften Hygien, die meine Gegner nicht, zusammenzuarbeiten.“

Pilsudskis lapidare Aussagen erreichten den Höhepunkt, als er seinen Widersacher funkelnden Auges den Vorwurf „feindlichen Unfalls“ entgegenstellte. Es war wirklich „ein schwerer Satz für Polen“, wie hieß die „Recepsopolita“ richtig bemerkt, da Pilsudski (denn, wie man nicht vergessen darf, die gesamte polnische Armee abgibt) treu ergeben sind zeigte, daß er nichts weniger denn zu den politischen Toten zu zählen ist.

Gretchen vom Eigelstein.

6. Von H. Kerner (S. Caradans). Wirklich ging alles gut, als Heinrich Frunt am nächsten Morgen in der neuen Kammern im ersten Stockwerk des Rathauses sein Antlitz vorbrachte. Er verließ zunächst die Vorhalle der Eigelsteiner mit höflicher Entschuldigungs: es seien große Hitze, aber sie meinten es gut, und im Grunde hätten sie recht. Mächtig leiste er dann den ganzen Fall auseinander, hielt einen schönen Sermon über der Schöpfung, und daß der Schatz Freiheit und alles Herrlichen großlich verleiht worden sei, und machte zum Schluß die Herren eindringlich an die Worte, die im Kanakale geschrieben seien: „Nicht den Armen als den Reichen!“ Der Brief machte freilich einen sehr verschiedenen Eindruck: einige Ratsherren, die von der Idealkunst gewöhnt und mit der Junkershaft verwandt waren, wurden sehr ärgerlich und meinten, man solle den frechen Bauern über das Maul fahren; aber die meisten schmunzelten, daß es den Schöffen so ans Leder ging, namentlich die jüngeren Ratsherren aus den eigentlichen Handwerkerkreisen hatten ihre helle Freude. Als Heinrich Frunt zu Ende war, hatte er bis auf zwei oder drei den ganzen Rat auf seiner Seite, und fast einhellig wurde beschlossen, stehenden Fußes sollten die Schöffen auf das Rathaus kommen in die Schöffenkammer, bei Strafe der Haft in den Eigelsteinen, um sich zu verantworten. Es kam ihnen schwer an, aber sie kamen doch; denn sie wußten, daß der Rat in solchen Dingen keinen Späß verstand. Nun ging eine Botenschaft nach der anderen aus der Ratskammer in die Schöffenkammer und umgekehrt. Mächtig hatten die Schöffen den Heinrich Handaufgehoben abgeordnet, der mit der Sache nichts zu tun hatte und gerade von seiner Seite hergekehrt war. Der viel zum Frieden, und so wurde vereinbart: die Schöffen sollten sofort eine Sitzung halten in Gegenwart der beiden Parteien, dabei sollten sein der Bürgermeister Walter von

Windaum und Heinrich Frunt als des Rates Abgeordnete.

Dort aber nahm die Sache eine wunderliche Wendung. Zuerst setzte sich Paul Schnork auf das Pferd und versicherte: den Kopf, der auf dem Tisch vor dem Großen stehe, erkenne er als den feindlichen, und da würden die Goldstücke darin auch wohl von dem gestohlenen Geld herrühren. Da nahm Heinrich Frunt die Gulden einen nach dem andern in die Hand, besah sie aufmerksam und sagte: „Sagt an, Monowirt, wann seid Ihr bescholten worden?“

„Vor vier Jahren“, antwortete Paul fest, „es waren wohl tausend Gulden, und ich wäre fast zum armen Mann darüber geworden.“

„So, so“, sagt der Protokollar, „das ist mir lieb zu hören. Schaut her, Ihr Herren, das ist ein gelblicher Gulden von Anno 1429 und ein kurkölnischer, der erst im vorigen Jahr geschlagen worden ist. Was dünkt Euch, soll die Jungfrau dort wohl vor vier Jahren Gulden fortgetragen haben, die erst später geprägt worden sind?“

Das machte einen förmlichen Aufbruch. Die Schöffen sprangen auf, befehlten die Mützen und gaben zu, Herr Heinrich habe recht. Nun nahm der Greise den Brief ernstlich vor und besah ihn die Kreuz und Quer. Paul Schnork war fälschlich geworden, aber er legte sich aufs Beugma und verschwor sich, der Kopf sei fein; wer die Gulden fälschgelegt und im Stall vergraben, das sei ihm unbekannt. Als er sich darauf hieß, befehlten in den Stock setzen, damit er zur Einsicht komme, den Gottschalk und das Gretchen aber solle man aus den Reichen in ein gutes Zimmer tun und ihnen ein ordentliches Zimmer anweisen. Die beiden hielten Herrn Frunt zu Füßen und hatten ihm die Hände geküßt, wenn er sie nicht freundlich abgewandt hätte.

Am nächsten Tage kam alles heraus, haarklein. Als nämlich Paul Schnork in der Nacht im Stock lag, hatte er sich im Schlaf gestreckt und dabei das

rechte Schienbein zerstoßen. Er schrie laut auf vor Schmerz, aber kein Mensch hörte ihn. So lag er viele Stunden in schwerer Pein, und als man ihn holen kam, konnte er nicht mehr stehen, und man mußte ihn auf einer Bahre zum Hochgericht tragen. Auf dem Dornhof stand der halbe Eigelstein versammelt, und was der Monowirt zu hören bekam, klang ihm wahrheitsgemäß nicht angenehm. Wären die Stockhansnichte nicht bei ihm gewesen, man hätte ihn totgeschlagen. Als aber Gretchen mit seinem Sohn aus der Nacht kam, da brach der Jubel los, und es war gut, daß ein Richterbohle mit ihnen ging, um Raum zu schaffen, sonst wären sie nicht durch die Leute gekommen.

Endlich standen sie alle vor dem Hochgericht, und der Greise fragte Paul Schnork, der totenbleich mit gebundenen Händen auf der Bahre lag: „Monowirt, Ihr habt die guten ehrbaren Leute ins Gericht gebracht und beinahe zu einem schrecklichen Ende. Weist Ihr jetzt noch bei Euren Worten?“

„Ich will alles bekennen“, stöhnte er, „denn Gottes Hand hat mich geschlagen. Ich weiß nichts von ihnen als Liebes und Gütes, und was ich gegen sie gesagt, kam nur aus Eifer und Zorn. Aber mir wird schwach zu Mute. Wenn ihr mehreres wissen wollt, dann schickt zu der alten Kathrin an Tümmelndwall, die wird Euch“ — damit fiel er in Ohnmacht.

Auf der Stelle wurden zwei Richterboten abgeschickt, um das Weib zu holen, tot oder lebendig. Sie gingen ungen, denn im Wolfe war der Glaube verbreitet, sie verschiele sich auf die schwarze Kluft. Aber sie fanden das Weib tot. Auf dem Tische lag ein Zettel, den sie den Schöffen mitbrachten. Darauf stand geschrieben:

„Meint Ihr Herren denn, ich solle warten, bis Ihr mich holen kommt? Aber meinethwegen mögt Ihr vorsehen, was ich alles zugetragen hat. Der Schnork, der dumme Kerl ist falsch gewesen, weil die Jungfer Kathrin ihn nicht mag, und hat mit mir das ganze Stück verabredet. Den Kopf und

die sechs Gulden hat er mir gebracht, als er eines Abends aus der Nacht gelaufen wurde, und dann habe ich ihn vergraben, als die Grot auf der Erde war. Ich hätte ihn schon geküßt, daß sie an den Galgen gekommen wäre, weil sie mich zum Geköpf gemacht hat vor den Leuten, aber dem Schnork gönne ich es auch, denn er hat mich geküßt und sich haben wollen und ist zudem ein gar zu dummer Kerl, so ein feines Stück anzufangen und sich kriegen zu lassen dabei mit neuen Gulden. Es ist wahrlich zum Wechen, was er für ein Trost ist; wer ihn nämlich bestohlen hat, das war niemand als ich, und jetzt kommt er zu mir und läßt mich helfen, andern Leuten die Güte zu geben, in die er selbst gefallen ist! Und nun hübsch fleißig nach mir, ich glaub' aber kaum, daß Ihr mich finden werdet. Es gehen viele Wege von Köln in die weite Welt, einen Unterschlupf finde ich überall, und Ihr braucht Euch gar nicht um mich zu sorgen, denn für Reiseschuld hat der dumme Monowirt gesorgt. Damit gehabt Euch wohl und hol' Euch alle der Hente.“

„Paul Schnork“, rief der Greise mit seinem finsternen Antlitz dem armen Scharer zu, der wieder bei Seite war. „Ihr hört, was das schöne Weib gegen Euch geschrieben hat. Ist das die Wahrheit oder nicht? Aber daß Ihr mir nur selbst bei der Wahrheit bleibt, sonst haben wir Mittel, sie zu erfinden, die Euch selbst gefallen werden.“

Paul mußte zusammen. Sie hat mir das Scharfsteck mit dem Kopfzerren eingeklemmt“, lautet er, und jetzt habe ich nicht dran gewollt. Aber das ist jetzt alles eins; ich bin ein verlorener Mann, und ich bitte nur um eins: macht rasch ein Ende!“

„Wir haben sein eigenes Geständnis“, fuhr der Greise fort, „da ist das Urteil nicht schwer zu fällen. Was dünkt Euch, Ihr Schöffen?“

(Schluß folgt.)

Der Herr... teilt unter... tungen fol... genden, da... Gedankente... rend den... Eine un... unfere M... durch sch... einer Stel... schlagen w... derwärts... in diesem... Gotteshaus... Der drei... Kirchs des... pult 8 Un... Christent... lung zum... Kath. L... zu dem b... fremdlich... Monarch... mittags, G... Kaffee geg... mit musk... densten He... Wir bitten... Anzeige in... Kath. L... ist noch d... lung des... St. M. a. r... Der De... zur Auffich... nachmals... nochmals... fleißige A... lung zu u... schnell für... wesentliche... Anstaltge... Kasse noch... einzuführen... dieses leid... alle Kasse... Bitte, für... selbst in... Abstellung... Katholik... Ungewiss... tags um... statt, nach... Zur Bes... sich sämtl... gesehen, m... wertung, l... 100 Mark... daher alle... an d. em... Auseand... schon jetzt... Meßk... haben im... fahrt erne... gemäß Pa... Ordnung... Es handelt... messenheit... Letzte un... der ingru... Mit Müß... Januar 15... schen Meß... stehende... bereits au... fliegen ist... Ausdrück... desgleichen... Preussische... gebühren... Regel an... fassend, a... zu erwart... miniflers... vom 1. J... schaffliche... schiedener... treter des... geblen, d... des befehl... nung zu d... lage zu d... Entscheidung... flers ist... Meßk... des Bäck... Pilsudski... Vorbericht... Meisterpri... meren Ha... Herren v... Müller, v... Spir, v... flanden d... fellen er... füllten u... sammler... im Hotel... welcher G... hnt Herr... Das 2... die Weh... bekannt... kind im... dem Ma... gefahren... Heberfitt... Sommer... wie für d... am Tage... Ihr mög... und Dar... abgestell... dem das... anhefte... Heberzeu... kommt, d...

Neufz, 18. Juli 1923.

Der dritte Vortrag im volkswirtschaftlichen Kursus des kath. Gesellenvereins findet heute abend punkt 8 Uhr statt. Das Thema lautet: „Das Christentum als Kulturfaktor, besonders seine Stellung zum Wirtschaftsleben.“

te noch dahin zu ergänzen, daß die Expeditionsleitung des kath. Arbeitervereins von St. Marien zur Feier des Stiftungstages die Ober-Donau-Expedition für die kommenden Monate

(Mitgeteilt von der Verein gewungen an der
Stoffe noch Steuerarten von 1200 und 1600 Mark
einzuziehen. Bei der großen Geldentwertung ist
dieses leicht erklärlich. Nochmals richten wir an
alle Kollegen, Freunde und Gönner die herzlichste
Bitte, für die Mitwirkenden wie für den Verein
selbst ein Opfer zu bringen, trotz der Hitze. Für
Abkühlung ist bestens gesorgt.

100 Mark abgerundet, auszuführen. Es wird daher allen Firmen und Geschäftsleuten dringen d empfohlen, zur Vermeidung von späteren Auseinandersetzungen, ihre Ueberweisungsaufträge schon jetzt hiernach einzurichten.

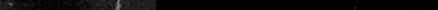
der inzwischen eingetretenen Teuerungsverhältnisse. Mit Rücksicht darauf, daß die Teuerung am 27. Januar 1923 nach den Ermittlungen des statistischen Reichsamtes bereits das 11 785fache des Friedensstandes betragen hat, daß sie inwieweit aber

vom 1. Juli d. J. ab wird daher für die wirtschaftliche Lage der Deutschen Ärzteschaft von entscheidender Bedeutung sein. Die ärztlichen Vertreter des Ausschusses haben fernerhin dringend gefordert, den bezugsfähigen Anteil am Markt zu vergrößern.

Zufrieden unterzogen sich 14 Keiſer Väter, nach Vorbereitung durch einen längeren Kursus, der Meisterprüfung. Die Prüfung fand in zwei Terminen statt. Sämtliche Prüflinge und zwar drei Herren Berger, Engels, Hoffmann, Kempen, Herr

Das Wohlfahrtsamt macht folgende Regeln für die Behandlung der Säuglinge im Sommer bekannt: A) Für die Ernährung, Stille der

und Darm sollen Ruhe haben. Ist dein Kind schon
abgestillt, so gehe mit der Nahrung sanfter um,
denn das Flakkenkind ist im Sommer auf das
äußerste gefährdet. Milch muß einwandfrei sein.
Überzeuge dich nach Möglichkeit, wo die Milch her-



3) Für die Wohnungspflege. Laß Luft und Licht ins Zimmer! Halte auch nachts die Fenster geöffnet! Wische den Fußboden öfter am Tage naß auf. Stelle niemals Bett oder Wagen des Kindes in die Wohnküche oder gar neben den

Thermometer gemessen) 82 Grad Celsius. Nimm zur Kleidung nur leicht waschbare Stücke: Hemd, Jackchen, zwei Windeln genügen, kein Wickelband; die Windeln nach jedem Nafswerden wechseln. Entferne aus dem Bett alle Lockstoffe! Als Unter-

Und nun zum Schluß: Schicke zum Arzt, sobald das Kind Zeichen von Unwohlsein oder Erkrankung zeigt! Bis der Arzt kommt setze die Nahrung aus und gib ein Bad. Besuche mit deinem Kinde die Muttergeburtshausklinik, um sich zu informieren.

Zu dem in unserer gestrigen Zeitung erschienenen Artikel betreffend Schwimmen wird uns aus Schwimmerkreisen geschrieben. Die ersreckend groÙe Zahl der alljährlieh Ertrinkenden ist einzig und allein auf die Unkenntnis des Wassers und die Un-

Nichtschwimmern wie auch den weniger erfahrenen Schwimmern nur angeraten werden, dort zu baden, wo behördlicherseits die Genehmigung dazu erteilt ist. So ist im Strandbad Grödenhausen das Baden im Meier ohne Gefahr möglich, da das

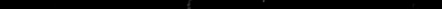
schwimmunterrichts in den Schulen wird von den Schwimmverbänden immer wieder gefordert. Diese Forderungen verhallen immer lautlos. In Neuf wurde die Forderung bereits vor dem Kriege gestellt und auch 1919 wiederholt, jedoch ohne Erfolg.

Einen Vorschlag richteten wir an die Stadtverwaltung. In den Wintermonaten ist der Besuch der Museen sehr gering. Wir schlugen vor, daß die Museen in der Winterzeit geschlossen werden und die Sammlungen in der Stadtver-

Die Schwimmvereine werden in jeder Beziehung

Auf dem Rughof ist dieser Tage ein Sammel-

einer Weid ein Schaf gestohlen und abgeschlachtet haben. — Gegen eine Ehefrau, die einem Arbeiter verschiedene Wäschestücke gestohlen hat, wurde das Strafverfahren eingeleitet. — Von einem Waggon wurde eine große Bettdecke 5×4,50 Meter gestoh-



Gerichtliches.
Schöffengerichtssitzung zu Reuß vom 11. Juli.
Das Dienstmädchen Maria Gr. war, von Seilen-

Schöffengerichtssitzung zu Neuz. vom 11. Juli.
Das Dienstmädchen Maria Gr. war, von Seilen-
kirchen kommend, auf der Durchreise nach Köln,
um zu ihren Eltern zu gehen. Sie hatte ihr ein
paar Wochen lang unehelichs Kind bei sich ge-

Aus dem Landkreise.
 Raarst, 9. Juli. Vorgestern abend feierte der Männergesangsverein „Germania“ sein diesjähriges

Kaarst, 9. Juli. Vorgestern abend feierte der Männergesangverein „Germania“ sein diesjähriges Sommerfest als bunten Abend. Der Einleitungsdor „Wie bist du herrlich, deutscher Rhein“ gab die richtige Stimmung für den Abend. Herr G.

Aus Nah und Fern.
Düsseldorf, 12. Juli. Die Hitze läßt den Wunsch nach einem erfrischenden Bad wach wer-

Düsseldorf, 12. Juli. Die Hitze läßt den Wunsch nach einem erfrischenden Bad wach werden. An den Rheinufsern sieht man überall Badende. Leider bringt fast jeder Tag mehrere Unfälle herbei. So sind am 9. bzw. 10. Juli drei un-

Brüninghaus 8, Heinrichstr. 95, auf der Ober-
kasseler Seite beim Baden, der Schüler Johann
Bingen, Essener Straße 4, an der Villa Leiff-
mann beim Baden, und der Former Gustav Gilz,
Wollschänke 28, schau' ich bei der Miltz, Leiffmann

Melcher, Mitinhaber der Zuckerfabrik Melcher, wurde das Opfer eines Unglücksfalles. Bei einer Kahnfahrt kippte das Boot um. Melcher fiel ins Wasser, vermittelte sich in ein Fischnetz und ertrank.

Stettin, 10. Juli. Die Kriminalpolizei nahm einen Ausländer fest, der einer Dame die Heirat versprochen und ihr 16 Millionen Mark abgeschwindelt hatte. — Verhaftet wurden drei Männer.

Bonn, 12. Juli. Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurden vom Reichspräsidenten die Raubmörder **Scherkenbach, Wirges und Schäfer**. Das hiesige Schwurgericht hat be-

Bad Salzungen, 10. Juli. Bis zum 4. Juli haben sich in dem Bade 10 300 Kurgäste gemeldet.

Turnen, Spiel und Sport

Sportabteilung „Rheinkraft.“
Heute treffen sich um 7½ Uhr alle Mitglieder, die am 22. Juli in Düsseldorf am Kreissporttag teilnehmen wollen, zum gemeinsamen Training auf dem Sport-

Heute nachmittag: Fußballtraining auf dem Sportplatz. Um 8 Uhr: Versammlung im Vereinslokal.

Neuzer Schwimmverein.

Fräulein M. Schirbach vom Neuzer Hockey-Club leste am Mittwochabend die Prüfung im Schwimmen

Handel und Volkswirtschaft.
Berichtsmärkte.
Krefeld, 11. Juli. (Produktenmarkt.) Groß-

Preisermärkte.
Krefeld, 11. Juli. (Produktenmarkt.) Großhandelspreise in Mark je 100 Kilo, festgestellt unter Mitwirkung der Handelskammer Krefeld. Weizen inf.

Stationen.

Berlin, 11. Juli. (Berliner Fruchtmarkt.) Amlich wurden heute folgende Preise ermittelt (für die 50 Kilo): Weizen, märkischer, M. 430000—645000, pommerscher, M. 000000—000000, mecklenburger, M. 000000—000000, Roggen, märkisch, M. 53000—0—535000, pommersch, M. 000000—000000,

000000—000000, Weißbrotmehl 000000—000000, Weizen Nr. 5000 00—
bis 510000, Weizen, blaue, Nr. 400000—450000, gelbe Nr. 500000—550000, Weizendalla Nr. 000 00—000000, Weizenstreu Nr. 475000—480000, Weizenkörner 000000—000000, Weizenkörner Nr. 200000—210000, Weizenkörner hell völlwertig, Nr. 310000—340000, Weizenkörner Nr. 000000—000000, Weizenkörner, Weizenkörner Nr. 380000—500000.

Devisen-Kurse vom 12. Juli 1923.			
Amsterd. Rotterdam. 1 fl.	72817,50	73182,50	rfp. 4%
Buenos Aires 1 Pef.	64498,50	64761,50	" 10%
Brüssel-Antwerpen. 2 Fre.	9326,50	9373,50	" 10%
Christiania 1 Kr.	30324	30476	" 10.

Amsterd. Rotterd. 1 Bl.	72817,50	73182,50	rip. 4%
Buenos Aires 1 Bel.	64438,50	64761,50	" 10%
Büchel-Amterp. 2 Gr.	9326,50	9373,50	" 10%
Christiania 1 Kr.	30324	30476	" 1%
Hovenbagen 1 Kr.	32817,50	3282,50	" 10%
Stockholm 1 Kr.	49476	49727	" 8%

Unsere Sammelbüchse.
Für das katholische Waisenhaus.

Für das katholische Waisenhaus.	
Bisher eingegangen	307 114,—
Von der Infiedlungs-Genossenschaft für Kriegsbeschädigte Neuß	100 000,—

